

26.01.2021

Holocaust-Gedenktag: Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungspolitik

Erforschung und Vermittlung der Geschichte von LSBTI fördern

*Am 27. Januar wird der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust-Gedenktag begangen. Anlass ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Dazu erklärt **Henny Engels, Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) gedenkt der Millionen Opfer des Nationalsozialismus, deren Leben aufgrund von demagogischen Beschwörungen von „Volksfeinden“ und „Volksverrätern“ rücksichtslos vernichtet wurden. Wir gedenken der Opfer des Holocausts an den europäischen Juden, der Opfer des Völkermordes an Sinti und Roma und wir gedenken der Menschen, die als Behinderte, als politische Oppositionelle, als Homosexuelle und aus vielen anderen Gründen verfolgt, eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Dieses Leid muss allerorten einen würdigen und angemessenen Ausdruck finden.

Eine demokratische Erinnerungskultur muss dabei die nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungspolitik in ihrer Gesamtheit im Blick haben. Auch heute noch bestehende Lücken müssen angegangen werden. Eine zentrale Aufgabe ist es dabei, in der Gedenkstätte Ravensbrück ein würdiges Gedenkzeichen für die im KZ Ravensbrück inhaftierten, gefolterten und ermordeten Lesben zu schaffen. Dafür liegt bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten [ein Antrag auf Verankerung einer Gedenkkugel auf dem Gelände der Gedenkstätte vor \[https://www.lsvd.de/de/ct/3599-kz-ravensbrueck-gedenkkugel-fuer-die-dort-inhaftierten-lesbischen-frauen\]](https://www.lsvd.de/de/ct/3599-kz-ravensbrueck-gedenkkugel-fuer-die-dort-inhaftierten-lesbischen-frauen), der von vielen Initiativen aus der Community gemeinsam eingereicht wurde.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) hält es für unabdingbar, die Unsichtbarkeit der Verfolgung von Lesben zu thematisieren und darauf zu drängen, dass Forschung und Lehre den unbeantworteten Fragen zu Leben, Verfolgung und Ermordung lesbischer Frauen im Nationalsozialismus weiter nachgehen. Ein weiteres noch wenig erforschtes Feld ist die Situation von trans- und intergeschlechtlichen Menschen im Nationalsozialismus. Aber auch die Erforschung der Geschichte homosexueller Männer im Nationalsozialismus ist längst noch nicht abgeschlossen, trotz vieler verdienstvoller Veröffentlichungen. Diese sind aber oft außerhalb der universitären Geschichtswissenschaft entstanden. Die Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) wird dort immer noch viel zu oft als Rand- und Fußnotenthema betrachtet. Der LSVD fordert die Geschichtswissenschaft auf, hier inklusive Ansätze zu verfolgen. Dafür sollten Bund, Länder und Kommunen, ausreichend Mittel für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte von LSBTI zur Verfügung stellen.

Hintergrund

In Deutschland entstand Ende des 19. Jahrhunderts die erste organisierte homosexuelle Bürgerrechtsbewegung der Welt, die auch hinsichtlich Trans- und Intergeschlechtlichkeit Pionierarbeit leistete. Auch entwickelte sich in den 1920er-Jahren eine auch für Europa einmalige, blühende urbane Lesbenkultur. Der Zivilisationsbruch ab 1933 konnte krasser nicht sein. [Im](#)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

nationalsozialistischen Deutschland fand eine Homosexuellenverfolgung ohne gleichen in der Geschichte statt, die zudem lange nachwirkte. [<https://www.lsvd.de/de/ct/934-von-1933-bis-heute-lesben-und-schwule-in-deutschland-und-der-ddr>] Zehntausende schwuler Männer wurden nach § 175 Reichstrafgesetzbuch [<https://www.lsvd.de/de/ct/1022-paragraph-175-stgb-verbot-von-homosexualitaet-in-deutschland>] wegen „widernatürlicher Unzucht“ zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt, mehrere Tausend Schwule wegen ihrer Homosexualität in Konzentrationslager verschleppt. Die meisten überlebten die Lager nicht. Der nationalsozialistische „Männerstaat“ drängte Frauen aus dem öffentlichen Leben, legte sie ideologisch auf die Mutterrolle fest und erschwerte ihnen zumindest in den ersten Jahren ab 1933 durch Einschränkungen der Berufstätigkeit die eigenständige Existenzsicherung außerhalb einer Ehe. Das machte auch offenes und unabhängiges lesbisches Leben unmöglich. Weibliche Homosexualität war gesellschaftlich geächtet und widersprach dem „gesunden Volksempfinden“. Auch lesbische Frauen wurden in Konzentrationslagern inhaftiert, gefoltert, missbraucht und ermordet.

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.